Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2019-08-20

Dezernat: III / Fachdienst Feuerwehr
und Rettungsdienst
Bearbeiter/in: Jakobi, Stephan, Dr.
Telefon: (0385) 5000-104

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

00042/2019

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Ausschuss für Umwelt, Gefahrenabwehr und Ordnung
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

Einrichtung eines Sirenenwarnsystems in der Landeshauptstadt Schwerin

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung beschließt, in der Landeshauptstadt Schwerin ein Netz von Sirenen zur Warnung der Bevölkerung im Katastrophenfall oder bei sonstigen Gefährdungslagen aufzubauen und dauerhaft zu unterhalten.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Sowohl in der DDR als auch in der BRD wurden bis 1990 Sirenenwarnsysteme für die Bevölkerung betrieben, die zum Zwecke der Zivilverteidigung bei kriegerischen Auseinandersetzungen eingesetzt werden sollten. Zumindest in Teilen wurde darüber auch die Alarmierung der Freiwilligen Feuerwehren sowie eine Warnung bei Katastrophen etc. vorgenommen.

Mit dem Wegfall der Blockkonfrontation in Europa und der Neubewertung der zivilen Verteidigung wurden in den frühen 1990er Jahren die Sireneneinrichtungen von der Bundesregierung als obsolet betrachtet und das Netz aufgegeben. Die vorhandenen Einrichtungen wurden den Kommunen zum Kauf / zur Übernahme angeboten. Aus Kostengründen erfolgte vielfach kein Weiterbetrieb, u.a. auch, weil die Alarmierung der Freiwilligen Feuerwehren auf anderem Wege individueller und ohne Wahrnehmung durch die Allgemeinheit möglich war (Funkmeldeempfänger). Dieser Effekt wird insbesondere in den Städten und Ballungsräumen beobachtet. Gerade aus diesen Gründen existieren in Schwerin derzeit nur noch zwei ehemalige Anlagen in Warnitz und Wüstmark.

Mit dem Katastrophenschutzkonzept des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahr 2015 wurde eine Neubewertung des Schutzes der Bevölkerung vor Gefahrenlagen mit Gefahren und Schäden für Leib und Leben von Menschen oder bedeutende Sachwerte oder schwerwiegende Gefährdungen des politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Systems getroffen. Diese erfordern, anders als örtlich und von ihren Auswirkungen her begrenzte Ereignisse der täglichen Gefahrenabwehr, besondere Konzepte hinsichtlich der Prävention und Ereignisbewältigung. Land und Kommunen arbeiten hier im Bereich des Katastrophenschutzes entsprechend zusammen. Besonders benannt wurden: asymmetrische Bedrohungen bei Terrorangriffen, Gefahren durch den Ausfall von Einrichtungen der kritischen Infrastruktur, Naturereignisse und Pandemien.

Mit dem Landeskatastrophenschutzgesetz M-V hat die Landesregierung hierzu die entsprechenden Aufgaben und Zuständigkeiten beschrieben. Den Kommunen kommt dabei vorwiegend die Aufgabe der Katastrophenabwehr zu. Ein Aspekt dabei ist, bei Großschadensereignissen und Katastrophen die Bevölkerung zeit- und sachgerecht zu warnen und über die Gefährdungslage zu informieren (§12 Abs. 1 Nr. 5 LKatSG M-V).

Zur Umsetzung dieser Verpflichtung ist die Einrichtung eines Sirenenwarnsystems ein geeignetes Mittel.

Der Aufbau eines Sirenenwarnsystems erfolgt durch die Installation elektrischer Hochleistungssirenen. Voraussichtlich sind für eine flächendeckende Ausleuchtung bei entsprechender Lautstärke von 75 dB im Außenbereich zwischen 15 und 20 Standorte in Schwerin notwendig. Die Sirenen werden durch die Leitstelle der Berufsfeuerwehr ausgelöst, eine redundante Auslösung ist z.B. über Funk und vor Ort möglich. Die Geräte können Tonfolgen und Sprachsequenzen ausgeben. Die Stromversorgung erfolgt über das Netz mit einem Batteriepuffer für mehrere Tage. Die Installation soll nach Möglichkeit auf öffentlichen Gebäuden vorgenommen werden (Stadthaus, Schulen, Gebäude der WGS, Gebäude der Landesregierung). Die Standortauswahl erfolgt an Hand einer Schallemissionsprognose durch ein Ingenieurbüro bzw. durch die Projektierung des Lieferanten.

Die Kosten sind pro Anlage mit 10.000 bis 15.000 EUR zzgl. MWSt. zu beziffern (insgesamt Auszahlung ca. 300.000 EUR). Hinzu kommen jährliche Wartungskosten von ca. 1.000 EUR pro Anlage (insgesamt Aufwendungen und Auszahlungen ca. 15-20.000 EUR p.a. zzgl. MwSt). Die Einrichtung der Anlagen ist mit 50% förderfähig durch das Land M-V. Es ist beabsichtigt, im Zuge einer Ausschreibung einen Vertragspartner für einen Rahmenvertrag mit Abrufkontingent über die geplanten Anlagen mit einer Laufzeit von bis zu 3 Jahren zu gewinnen, sodass flexibel auf die Identifizierung und die Nutzung der Standorte reagiert werden kann und so das Netz aufgebaut werden kann.

2. Notwendigkeit

Die Notwendigkeit ergibt sich

- a) Pflicht zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgabe zur Warnung der Bevölkerung und
- b) aus Gründen der bestehenden Gefährdungslage innerhalb der Stadt Schwerin.

Zur Begründung:

- a) Die Warnung der Bevölkerung muss umfassend, sachgerecht und zu jedem Zeitpunkt möglich sein. Hierzu hat in der Vergangenheit mehrfach eine Ausweitung der bundesweiten Konzeption stattgefunden. Der Bund betreibt das System MoWaS (Modulares WarnSystem) welches verschiedene Warninstrumente miteinander verknüpft und die gegenseitige Information von Bund und Ländern aufrechterhält.

Daran nehmen u.a. auch die öffentlichen Medien teil, die zur Ausstrahlung von Warnmeldungen verpflichtet sind. Auch werden mindestens drei WarnApps für Smartphones über dieses System gesteuert. Kritisch dabei sind der bislang niedrige Erreichungsgrad der Bevölkerung, die Abhängigkeit von einer funktionierenden Infrastruktur für den Mobilfunk und der fehlende Weck-Effekt.

Um eine breite und sofortige Warnung zu erreichen, ist es notwendig, über ein autarkes und jederzeit durch die Katastrophenschutzbehörde zugängliches Warnmedium die Bevölkerung zu erreichen. Mit einem flächendeckend aufgebauten Netz aus Sirenen als Warneinrichtungen lässt sich dieses Ziel erreichen.

- b) Innerhalb der Landeshauptstadt Schwerin ist eine hohe Anzahl von Menschen auf engem Raum angesiedelt. Die Bevölkerungskonzentration stellt ein besonders schützenswertes Gut dar, da die Auswirkungen einer Gefährdungslage sich wahrscheinlich auf viele Menschen ergeben. Innerhalb der Stadt kommen dabei den kritischen Infrastruktureinrichtungen wie Trinkwasserversorgung, Telekommunikation und Elektrizität, Naturereignissen wie Starkregen, Sturm oder Schneefall oder Unfälle mit Freisetzung gefährlicher Stoffe eine besondere Bedeutung zu. Eine Warnung der Bevölkerung ist in diesen Fällen dringend geboten, auch dann wenn z.B. nachts ein Großteil der Menschen schläft. Ohne einen Weckruf kann niemand sich über das Internet, Radio oder Fernsehen informieren. Bei einem Ausfall dieser Medien muss zumindest eine kompakte (Verhaltens-)Anweisung auf anderem Wege durch die Katastrophenschutzbehörde gegeben werden können.

Ein Sirenensystem lässt unabhängig vom Standort und den individuellen technischen Voraussetzungen der Bürgerinnen und Bürger eine Warnung mit einem Weckruf überall und sofort wirksam werden.

3. Alternativen

Die Warnung der Bevölkerung kann über andere Wege (Apps, Medien, Warndurchsagen von Fahrzeugen der Feuerwehr und der Polizei) vorgenommen werden. Dabei ist entweder ein deutlich verminderter Erreichungsgrad der Bevölkerung oder/und eine signifikante Verzögerung in Kauf zu nehmen.

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

Eine verbesserte Warninfrastruktur wirkt sich in Gefahrensituationen positiv auf alle Bürgerinnen und Bürger aus.

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

Zumindest Teile der Bau- und Lieferleistungen könnten durch örtliche Unternehmen ausgeführt werden.

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

Es sind über drei Jahre je 120.000 EUR pro Jahr (2019-2021) in PSK 1280100.78571000 für Auszahlungen in Sachanlagen und bewegliches Anlagevermögen >1.000 EUR geplant. Einzahlungen aus möglichen Fördermitteln wurden bislang nicht berücksichtigt und wirken sich ergebnisverbessernd aus.

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe: ja/nein

b) Ist der Beschlussgegenstand aus anderen Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse und rechtfertigt zusätzliche Ausgaben:

entfällt

c) Welche Deckung durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen / Produkten wird angeboten:

entfällt

d) Bei investiven Maßnahmen bzw. Vergabe von Leistungen (z. B. Mieten):

Nachweis der Unabweisbarkeit – zum Beispiel technische Gutachten mit baulichen Alternativmaßnahmen sowie Vorlage von Kaufangeboten bei geplanter Aufgabe von als Aktiva geführten Gebäuden und Anlagen:

Siehe oben

Betrachtung auch künftiger Nutzungen bei veränderten Bedarfssituationen (Schulneubauten) sowie Vorlage der Bedarfsberechnungen:

entfällt

Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für das Vermögen der Stadt (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Sinne des § 9 GemHVO-Doppik):

keine

Grundsätzliche Darstellung von alternativen Angeboten und Ausschreibungsergebnissen:

keine

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung des aktuellen Haushaltes (inklusive konkreter Nachweis ergebnis- oder liquiditätsverbessernder Maßnahmen und Beiträge für Senkung von Kosten, z. B. Betriebskosten mit Berechnungen sowie entsprechende Alternativbetrachtungen):

keine

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung künftiger Haushalte (siehe Klammerbezug Punkt e):

keine

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt:

keine

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt:

entfällt

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

gez. Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister